

Felix Butschek

# Wirtschaftschronik

## III. Quartal 1991

1. Juli: Schweden überreicht in Den Haag sein Beitrittsgesuch für die EG.

13. Juli: Die Notenbank der USA senkt den Diskontsatz von 5,5% auf 5%. Sie trifft diese Entscheidung nachdem die Regierung über einen Anstieg der Verbraucherpreise im August von 0,2% (gegenüber dem Vormonat) und einen Rückgang der Einzelhandelsumsätze von 0,7% berichtet hatte. Darin wird eine Reaktion auf die zögernde Erholung der Konjunktur der USA gesehen.

### Ausland

17. Juli: Im Rahmen der Tagung der sieben führenden Industriestaaten (G 7) wird grundsätzlich die Bereitschaft zur Wirtschaftshilfe an die UdSSR erklärt, sie soll sich jedoch auf konkrete Projekte beschränken. Demgegenüber wird den osteuropäischen Staaten eine allgemeine Unterstützung in Aussicht gestellt.

22. Juli: Die UdSSR überreicht den Antrag auf Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds.

31. Juli: Die EG-Kommission verabschiedet eine grundsätzlich positive Stellungnahme (Avis) zu Österreichs Beitrittsantrag.

15. August: Die Deutsche Bundesbank erhöht ihren Diskontsatz von 6,5% auf 7,5%. Dieses Niveau wurde bisher nur zweimal — 1980 und 1970 — erreicht. Bundesbankpräsident Schlesinger begründet diesen Schritt mit „einer weiteren Straffung der Geldpolitik“.

**International schalteten sich die Notenbanken mehrmals in die Konjunktursteuerung ein. Die Federal Reserve reduzierte den Diskontsatz, um den schwach einsetzenden Aufschwung in den USA zu stärken, wogegen die Deutsche Bundesbank die Leitzinsen erhöhte, um eine Inflationsbeschleunigung zu bremsen. Die österreichische Bundesregierung versuchte seit Ende des Sommers, das Budgetdefizit auf die im Koalitionsabkommen festgeschriebene Größenordnung einzugrenzen. Dieses Ziel war umso schwieriger zu erreichen, als strukturelle Budgetprobleme — wie etwa die Finanzierung der Pensionsversicherung — trotz Hilfestellung der Sozialpartner einer Lösung nicht näher gebracht werden konnten.**

### Österreich

8. Juli: Im Rahmen der jährlichen Getreideverhandlungen wird für die Ernte 1991 erstmals eine deutliche Senkung der Erzeugerpreise vereinbart. Die Abgabe auf Handelsdünger wird angehoben. Eine Verschlechterung der Exportsituation erzwingt diese Eingriffe. Allerdings sieht die Landwirtschaft in ihrem Grundsatzbeschluß, 350.000 t Getreide und Körnerleguminosen zu Ethanol zu verarbeiten und dem Benzin beizumischen (Austroprot-Projekt), einen Durchbruch zu neuen Märkten.

11. Juli: Die Kfz-Versicherungen beschließen, die Prämien für die Haftpflichtversicherung per 1. September 1991 zu erhöhen.

16. August: Im Gefolge der Erhöhung des Diskontsatzes durch die

Deutsche Bundesbank von 6,5% auf 7,5% hebt auch die Oesterreichische Nationalbank ihren Diskontsatz von 7% auf 7,5% an. Die Steigerung bleibt erstmals hinter jener der Deutschen Bundesbank zurück, was die Nationalbank damit begründet, daß die günstigen Fundamentaldaten der österreichischen Wirtschaft kein deutlicheres Zinssignal erforderten.

27. August: Infolge der Leitzinserhöhung durch die Notenbank verteuern mehrere Geschäftsbanken die Kommerzkredite.

18. September: Die außerordentlichen Hauptversammlungen der Länderbank und der Zentralsparkasse und Kommerzbank AG Wien beschließen, die Fusion beider Institute rückwirkend per 1. Jänner 1991. Damit entsteht das, gemessen an der Bilanzsumme, größte österreichische Geldinstitut.

Da nach den Budgetverhandlungen eine Differenz von 30 Mrd. S gegenüber dem im Koalitionsabkommen fixierten Nettodefizit von 62 Mrd. S verbleibt, sind Gespräche der Regierungsspitze erforderlich. Die Vertreter der Regierungsparteien einigen sich auf ein Budget, das dem vorgegebenen Rahmen entspricht. Gegenüber dem bisherigen Stand der Verhandlungen werden folgende Veränderungen beschlossen:

- weitere Kürzungen der Ministerforderungen um 16,5 Mrd. S,
- Auflösung der Rücklagen in der Sozialversicherung in der Höhe von 5,5 Mrd. S,
- Abbau der Reserven in bundesnahen Unternehmen sowie finanztechnische Maßnahmen von 6,5 Mrd. S,

- ein Länderbeitrag für die Landes-  
lehrer von 2,7 Mrd S  
Weiters werden die Planstellen im
- öffentlichen Dienst um eine Größen-  
ordnung von 300 bis 400 verringert  
Der Budgetentwurf enthält jedoch
- keine Vorsorge für die Erhöhung der  
Beamtengehälter  
Abgeschlossen am 1 Oktober 1991.